

17.09.2014

Regierungsberater für CO2-Kreditkarte

Führende Regierungsberater warnen vor einer Erderwärmung um bis zu vier Grad bis Ende des Jahrhunderts und fordern auch von den Bürgern mehr Engagement beim




Nach der Anregung der Stiftung Kathy Beys könnte eine CO2-Card "als systemisch wirkendes Politikinstrument" eingesetzt werden. 

Bild: Aachener Stiftung Kathy Beys

Klimaschutz. „Das Konzept eines Emissionshandels für Privathaushalte könnte Handlungsmöglichkeiten bieten“, heißt es in einem am Mittwoch in Berlin vorgestellten Sondergutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltänderungen (WBGU).

Dazu greift das Gremium um den Potsdamer Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber auch **die Idee einer CO2-Kreditkarte** auf. Grundlage wäre ein nationaler Reduktionsplan, jeder Bürger

bekäme ein eigenes CO2-Guthaben. Beim Tanken oder beim Bezahlen der Stromrechnung würde der angefallene Kohlendioxid-Anteil vom Guthaben abgezogen.

Ähnlich wie im Emissionshandel für Industrie und Energiewirtschaft könnte festgelegt werden, dass bei Überschreiten des Budgets zusätzliche CO2-Rechte gekauft werden müssen. Zudem solle es Hinweise bei Produkten geben, wie hoch der bei der Herstellung verursachte Ausstoß gewesen ist. Insgesamt könnte der Bürger so stärker als bisher zur Emissionsminderung beitragen und würde Produkte, die viel CO2 verursachen, meiden. Es gäbe starke Anreize, „den eigenen Konsum zu hinterfragen“. Am wichtigsten sei aber der bis Ende 2015 geplante Weltklimavertrag, um die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad Celsius zu begrenzen.

(dpa)